

Fortentwicklung des Emissionshandels

Die Rede zum Anschauen und Anhören

Fortentwicklung des Emissionshandels

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir diskutierten heute über die Weiterentwicklung eines zentralen Instruments des Klimaschutzes. Es geht um das europäische System zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen und zum Handel mit Emissionszertifikaten. Gerade vor dem Hintergrund der Energiewende, die wir in Deutschland wollen, mit dem beschleunigten Ausstieg aus der Atomkraft und dem Umstieg auf erneuerbare Energien kommt dem Emissionshandel eine bedeutende Rolle zu. Denn er verhindert, dass Atomausstieg und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt und dass alte gefährliche Atomkraftwerke einfach durch neue klimaschädliche Kohlekraftwerke ersetzt werden. Deshalb sollte unser gemeinsames Ziel sein, den Emissionshandel weiter zu stärken und bestehende Schlupflöcher zu schließen.

Die vorliegende Novelle des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes ist auf diesem Weg ein wichtiger Schritt nach vorn. Sie setzt europäische Richtlinien in deutsches Recht um und bringt dabei vor allem drei Verbesserungen:

Erstens wird das bisherige Nebeneinander von 30 nationalen Emissionshandelssystemen mit eigenen Regeln und Emissionsobergrenzen in ein gemeinsames europäisches System überführt. Damit entstehen gleiche und faire Bedingungen. Und damit entfällt für die Mitgliedstaaten die Versuchung, der eigenen Wirtschaft bei der Festlegung der nationalen Regeln Standortvorteile zulasten des Klimaschutzes zu verschaffen.

Zweitens werden die Emissionszertifikate für die Energiewirtschaft ab 2013 zu 100 Prozent versteigert und nicht mehr kostenlos zugeteilt. Das ist ein großer Fortschritt. Denn dadurch werden die Kosten klimaschädlicher Kraftwerke für Betreiber und Investoren deutlich spürbarer. Und es ist endlich Schluss mit einer beispiellosen Abzocke, die den Stromkonzernen in den letzten Jahren Milliarden auf Kosten der Verbraucher eingebracht hat. Für die Zertifikate, die sie kostenlos bekamen, haben die Stromversorger ihren Kunden nämlich den vollen Börsenpreis berechnet. Das war ein Skandal. Das haben wir immer kritisiert. Und 2013 ist endlich Schluss damit.

Drittens wird ab 2012 der Flugverkehr neu in den Emissionshandel einbezogen. Damit gibt es zum ersten Mal echte Klimaschutzvorgaben für diese wichtige und schnell wachsende Emissionsquelle.

Das sind wesentliche Verbesserungen, die aus den Änderungen der europäischen Emissionshandelsrichtlinie folgen und die wir Grüne voll unterstützen. Daneben gibt es in der vorliegenden Gesetzesnovelle aber auch Regelungen, die wir ablehnen. Dazu gehört die von CDU/CSU und FDP vorgeschlagene Vorschrift zur Mitverbrennung von Abfällen, die missbrauchsanfällig ist und zu einer Ausweitung der fragwürdigen Praxis der Mitverbrennung von Abfällen in fossilen Kraftwerken führen

kann. Dazu zählt die sogenannte Härte-fallregelung, die klare, objektive Kriterien vermischen lässt und im Ergebnis lobbystarke Unternehmen gegenüber ihren Mitbewerbern bevorzugt. Und dazu gehört die in ihrem Anwendungsbereich erweiterte Kleinanlagenregelung, die wenig für den Bürokratieabbau leistet, aber das Emissionshandelssystem insgesamt schwächt. Durch diese Regelungen werden neue Ausnahmetatbestände und Schlupflöcher geschaffen. Deshalb können wir Grüne dem Gesetzentwurf als Ganzem nicht zustimmen.

Lassen sie mich zum Schluss noch einen Blick nach vorn werfen. Trotz der Verbesserungen, die ich eingangs erwähnt habe, ist der europäische Emissionshandel alles andere als perfekt. Wir müssen deshalb auf europäischer Ebene zu weiteren Verbesserungen kommen. Das gilt zum Beispiel für die Reform der Anrechnung von Klimaschutzprojekten außerhalb Europas, die eingeschränkt und an höhere ökologische Standards geknüpft werden muss. Das gilt für die weitgehend kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten an Industrie und Fluggesellschaften, an deren Stelle mehr Versteigerung treten muss. Und es gilt für die dringend notwendige Absenkung der Emissionsobergrenze für 2020, die unverzichtbar ist, um die europäischen und deutschen Klimaschutzziele zu erreichen. Wir brauchen ein ehrgeizigeres Klimaschutzziel in der EU: 30 Prozent Emissionsminderung bis 2020. Und dieses Ziel muss sich in einer deutlich niedrigeren Emissionsobergrenze des Emissionshandelssystems niederschlagen. Lassen sie uns dafür gemeinsam als Deutscher Bundestag eintreten!

Quelle: <http://www.baerbel-hoehn.de/?id=384709>

© Bärbel Höhn MdB 2017
